

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Gisela Sengl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Ruth Müller

Abg. Christoph Skutella

Abg. Martin Schöffel

Abg. Raimund Swoboda

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

**Bayerns Schweinehalter bestmöglich unterstützen - Strukturbrüche verhindern
(Drs. 18/18259)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Schweinehaltung in Bayern - gemeinsam zukunftsfähige Wege gehen
(Drs. 18/18346)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Leopold Herz das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben beim letzten Antrag gerade von einer großen Krise gesprochen. Wenn wir eine Krise haben, dann haben wir sie beim jetzigen Thema. Was die letzten Jahrzehnte betrifft, haben wir eine große Krise der Schweinehaltung. Der eine oder andere hat das vielleicht mitbekommen.

Wir liegen beim Kilo Schlachtgewicht bei ungefähr 1,20 Euro. Das ist für die noch 4.000 bayerischen Schweinehalter – ich rede hier von Schweinehaltern, die 50 Mastschweine oder 10 Muttersauen haben; die anderen sind von der Statistik nicht erfasst – natürlich existenzbedrohend. Ich glaube, dem einen oder anderen Kollegen hier im Hause wird es ähnlich gehen. Viele Kollegen sagen dann, sie würden dieses Jahr den

Betrieb vielleicht schließen und die Schweinehaltung beenden müssen. Ich glaube, wir können das nicht wollen.

Vielleicht hat es der eine oder andere gehört: Es gibt inzwischen auch Länder, die auf ähnliche Krisen reagieren. Das ist zum Beispiel der belgische Landesteil Flandern. Dort werden für die Schweinehalter 16 Millionen Euro in die Hand genommen. Ich glaube, das ist eine stolze Summe.

Ich glaube, der Dringlichkeitsantrag liegt Ihnen allen in schriftlicher Form vor. Es ist eine Reihe von Punkten aufgelistet. Zum Teil sind das flankierende Maßnahmen, zum Teil sind das schon eingreifende Maßnahmen. Ich will wegen der kurzen Redezeit jetzt nicht auf jeden Unterpunkt direkt eingehen. Ich möchte hier aber ein paar grundsätzliche Dinge sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten alle in uns gehen. Ich schließe mich da nicht aus; nicht dass das missverstanden wird. Wir müssen uns die Frage stellen: Haben wir da in der Vergangenheit genügend getan? – Ich sage das sehr selbstkritisch.

Wir haben in Deutschland – und damit auch in Bayern – die niedrigsten Lebensmittelpreise in ganz Europa. Etwa 10 % des Einkommens werden für Essen und Trinken ausgegeben, liebe Kolleginnen und Kollegen. 10 %! – Die Zahl sollte man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. 1950 wurde noch die Hälfte des Einkommens für Essen und Trinken benötigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Relation ist keine gesunde. Das ist keine gute Entwicklung. Auch das hat mit zu der jetzt zu bearbeitenden Krise geführt.

10 % des Einkommens für Essen und Trinken! – Sie kennen alle die Betriebe, die Discounter, die Lebensmitteleinzelhändler. Das geht von Aldi bis zur Schwarz-Gruppe. In Deutschland sind es vier bis fünf große Konzerne – ich spreche von Deutschland, damit auch von Bayern –, die bis zu 90 % des Lebensmittelmarktes bestimmen.

Wir haben das zugelassen; natürlich nicht wir alle hier direkt. Wir hatten in den Parlamenten auch Vorgänger. Das ist aber eine Entwicklung – ich sage das pauschal –, die die Politik zu verantworten hat. Ich nenne andere Bereiche und andere Beispiele. Das hat dazu geführt, dass Sie zum Beispiel – ich habe es immer wieder getestet – 1,59 Euro für 1 Kilogramm frisches Schweinehackfleisch bezahlen. Sie bezahlen 42 Cent für 1 Liter beste Milch. Sie bezahlen 9 Euro für einen Doppelzentner, für 100 Kilogramm Getreide. Das muss man sich mal vorstellen. Wir haben es zu dieser Lage kommen lassen.

Die Landwirte sind in dieser Gruppierung – ich sage nicht: in diesem Dreiklang; Dreiklang klingt harmonisch – die Schwächsten. Oben haben wir den Lebensmitteleinzelhandel. Dann kommen die Verarbeiter. Dann kommen die Landwirte, die dann bekommen, was übrig bleibt.

Kommen wir jetzt zum Bereich Schweine: 1,20 Euro für 1 Kilogramm bestes Schweinefleisch – das muss man sich mal vorstellen. Ich gehe auf den Antrag der GRÜNEN gleich mit ein; ja, ich stimme euch zu. Wir haben immer gesagt, wir dürfen bei Grundwasserproblemen nicht pauschal über alle Landwirte urteilen. Wir müssen hinschauen, wo es klemmt. Natürlich gibt es beim Grundwasser in einzelnen Bereichen, wenn zum Beispiel die Flächenbindung nicht da ist, wenn die Fläche nicht direkt am Hof ist, Probleme. Ich will das zugestehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können aber nicht in einer der größten Krisen der Nachkriegszeit versuchen, eine Branche zu reformieren und zu bearbeiten. Wir müssen jetzt schauen, dass diese Betriebe am Leben bleiben. Wir müssen schauen, dass es nicht so wie bei den Hühnerhaltern kommt. Wir haben gemeint, wenn wir hier in Bayern und in Deutschland die Haltung von Hühnern in Käfigen verbieten, dann wäre das Thema erledigt. Wohin sind die Halter gegangen? – Sie erfreuen sich ihres Daseins in Lettland. Die Eier kommen zum großen Teil auf den deutschen Markt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf bei den Schweinehaltern nicht auch passieren. Das darf nicht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir dürfen nicht glauben, wir könnten in Bayern und in Deutschland die Probleme lösen, und den Menschen und Verbrauchern vorgaukeln, wir schaffen artgerechte Tierhaltung usw. Dann gehen diese Produzenten in andere Länder – sogar innerhalb der EU –, aus denen dann das Fleisch nach Deutschland und Bayern kommt. Liebe Kollegen, da lügen wir uns in die eigene Tasche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb bitte ich dringend darum, dass wir uns auch lokal Gedanken machen. Ich fordere jeden Schweinehalter dazu auf und bitte ihn darum, sich die Situation anzuschauen. Wir versuchen, hier einiges zu tun. Wir haben einen gemeinsamen Antrag formuliert, in dem sechs bis sieben Punkte enthalten sind, die wir – so hoffe ich – in absehbarer Zeit realisieren können. Das ist natürlich nicht der Weisheit letzter Schluss. Der eine oder andere wird sagen, dass er mehr erwartet hätte. Wir versuchen, das im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten umzusetzen.

Noch einmal: Heute muss von hier die Botschaft nach außen dringen, dass dem Parlament Bayerns und uns die bayerischen Schweinehalter nicht egal sind. Wir würden uns sehr darüber freuen und bitten dringend darum, dass sie ihre Existenz weiterführen; denn regionale – ideal ist natürlich regional und bio zusammen –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): – Produktion soll in Bayern erhalten bleiben. Ich bitte darum, das zusammen zu schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Als nächste Rednerin rufe ich die Abgeordnete Gisela Sengl für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, auch wir wollen die Schweinehalter unterstützen, aber wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass sich Strukturbrüche nicht verhindern lassen werden. Eine ehrliche Analyse der Situation ist die Grundlage für einen zukunftsfähigen und erfolgreichen Weg der Schweinehaltung in Bayern. Die aktuellen Probleme sind gewaltig: immer weiter sinkende Schlacht- und Fleischpreise, die Düngeverordnung, die Nitratbelastung in Grund- und Trinkwasser, die Änderung der Haltungsbedingungen hin zu mehr Tierwohl, die Abhängigkeit vom globalen Markt, Corona, Schlachtstau und Afrikanische Schweinepest. Deshalb gilt es jetzt, die Probleme an der Wurzel zu packen. Wir müssen den Blick nach vorne richten und gemeinsam Lösungen aufzeigen, damit auch noch in Zukunft Schweinehaltung in Bayern betrieben werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was brauchen wir dafür? – Eine echte Qualitätsproduktion. Deshalb muss das Siegel "Geprüfte Qualität Bayern" in Richtung Tierwohl, einheimisches Futter und Flächenbindung weiterentwickelt werden. Das heißt: Auch Schweine lieben frische Luft; deshalb sollten sie immer Zugang zu Außenklimabereichen haben. Schweine sind verspielt, auch wenn sie unsere Nutztiere sind. Deshalb brauchen sie viel Stroh und Raufutter und keine Spaltenböden mehr. Nur eine flächengebundene Tierhaltung wird ein Beitrag zur Verminderung des Nitratreintrags sein. Diese echte Qualität aus Bayern kann einen wesentlich besseren Preis auf dem inländischen Markt erzielen und würde damit die Abhängigkeit von anonymen Exportmärkten verringern. Wir brauchen Klasse statt Masse. Wir brauchen Regionalvermarktung statt China-Exporte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber diese Produktion muss natürlich auch ermöglicht werden. Dafür brauchen wir dringend eine Anpassung des Baurechts auf Bundesebene. Dafür muss sich Bayern mit aller Kraft einsetzen. Es kann nicht sein, dass Außenklimaställe aus immissionsrechtlichen Gründen verboten werden können. Mehr Tierwohl darf nicht an rechtlichen Hürden scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem brauchen wir eine staatliche bundeseinheitliche Tierhaltungskennzeichnung. Wir brauchen eine landwirtschaftliche Ausbildung im Tierbereich, die auf allen Ebenen – beruflich und akademisch – nach gesellschaftlich akzeptierten und ethisch vertretbaren Gesichtspunkten reformiert wird. Schließlich brauchen wir eine wesentlich bessere Beratung der Betriebe, eine Beratung, die individuell auf die einzelnen Betriebe eingeht und sich an Qualität und Regionalvermarktung orientiert.

Dass der Weg von höchster Qualität in Verbindung mit wirtschaftlichem Erfolg und positiven Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt funktioniert, zeigen die Bio-Schweinehalter jeden Tag. Aber auch konventionelle Schweinehalter, die zum Beispiel Mastschweine in Außenklimaställen und Offenställen halten, sind hier auf dem richtigen Weg. Wir müssen neue Wege in der Haltung, in der Vermarktung und in der Verarbeitung gehen und dürfen die Verantwortung für die eigenen Produkte nicht an der Stalltür abgeben. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER werden wir uns enthalten, weil er eigentlich nur das bestehende System zementiert. Im bestehenden System werden die Schweinehalter keinen Erfolg erzielen.

Zum ersten Spiegelstrich: Wir gehen davon aus, dass die Überbrückungshilfen gezahlt werden, und zwar zügig; da haben wir ja die richtige Stelle.

Beim Baurecht sind wir uns einig.

Zur langfristigen Strategie "5 x BY": Man könnte auch "6 x BY" sagen, weil ihr dabei das Futter vergessen habt. Ansonsten ist aber keine Qualität genannt; hier fängt es schon einmal an. Es muss eine echte Veränderung in der Qualitätsproduktion stattfinden; sonst wird der Schweinefleischmarkt kein Erfolg sein.

Zur Bezuschussung von Lagerhaltung: Das ist nun einmal ein uraltes Instrument, das einfach nichts bringt. Damit subventioniert man höchstens die Lagerhalter.

Zur branchenübergreifenden Vereinbarung der Lieferkette Schwein: Ja, hier müsste man viel machen, beispielsweise Absatzfördermaßnahmen und Regionalisierungsabkommen auf EU-Ebene wegen der Afrikanischen Schweinepest fordern.

Also: Was ich vorhin aufgezeigt habe, ist der richtige Weg. Wir müssen uns alle zusammen auf den Weg machen. Wir müssen begreifen: Wer die Landwirtschaft in die Zukunft führen will, kann das nicht mit den alten Methoden tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Sengl. – Als nächster Abgeordneter redet Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kollegen! Immer mehr Schweinehalter denken ans Aussteigen. Sogar die Bauernverbände fordern Ausstiegssprämien, weil es so nicht mehr weitergeht. Erst gestern haben wir im Landwirtschaftsausschuss ein Umdenken in der Schweineerzeugung in Bayern gefordert. Der Antrag wurde von allen Parteien gemeinsam abgelehnt. So sieht die Zusammenarbeit zum Wohle der Bauern im Bayerischen Landtag aus. Wer hat die Misere in der Agrarpolitik in den letzten Jahrzehnten mit verschuldet? – Genau, die CSU. Sie hat diesen Antrag von den FREIEN WÄHLERN auch unterschrieben. Jetzt, wo es für die meisten Schweinebauern ohnehin schon zu spät ist, kommt von den FREIEN WÄHLERN ausgerechnet einen Tag nach der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses ein Geistes-

blitz in Form eines Dringlichkeitsantrags zur Unterstützung der Schweinehalter. Ausgerechnet der ehemalige Saubauer Aiwanger steht nicht auf dem Antrag. Wo war er denn die letzten drei Jahre? Wo ist er denn jetzt? Beim Twittern? – Als Praktiker müsste er doch wissen, was gut für die Schweinehalter ist. Er hat sich jedoch die letzten Jahre weggeduckt; denn er muss selbst nicht mehr davon leben.

Fakt ist, nichts ist passiert. Jetzt pressiert es auf einmal. Was Sie mit Ihrem Geistesblitz beantragen, fordern die Schweinehalter schon seit Jahren. Gehen Sie doch einmal auf eine Demonstration. Dann werden Sie es verstehen. Das Einzige, was Sie können, ist Abkupfern, Anträge klauen oder den Volkstribun geben, wenn es beispielsweise um die Impfung geht, um vor der Wahl noch schnell Stimmen bei den Impfgegnern abzugreifen. Bei uns nennt man so etwas einen falschen Bauernfünfer. Statt einer konstruktiven Zusammenarbeit für unsere Landwirtschaft betreiben die FREIEN WÄHLER Wählertäuschung. Die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen gehen nicht weit genug und kommen außerdem sehr spät. Es ist bereits fünf nach zwölf für die Schweinebauern. Wir lehnen den populistischen Schaufensterantrag – mehr ist er nämlich nicht – ab.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Ruth Müller von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU geht es heute um die bekannte Situation der bayerischen Schweinehalter, die uns schon lange mit großer Sorge erfüllt. Im Moment wird die Situation durch drei Umstände erschwert, die uns wohl auch noch länger begleiten werden: erstens die Ausfuhrbeschränkungen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest, zweitens der Rückgang beim Fleischkonsum und drittens die Corona-Maßnahmen der letzten Monate, die auch die Schweinebau-

ern betroffen haben. Beispielsweise mussten viele Schlachthöfe wegen Corona schließen, sodass sich die Schweine im Stall stauten.

In der Folge sind die Preise auf 1,20 Euro und 1,25 Euro pro Kilo Schweinefleisch eingebrochen. Die FREIEN WÄHLER und die CSU fordern im ersten Spiegelstrich ihres Antrags, die betroffenen schweinehaltenden Betriebe schnellstens zu informieren, wann und unter welchen Bedingungen die Überbrückungshilfe III bzw. III Plus für coronabedingte Umsatzausfälle der Schweinehalter gewährt wird. Ich frage mich schon, warum die bayerische Landwirtschaftsministerin nicht schon längst selbst aktiv geworden ist und informiert hat. Ihre Forderung im letzten Spiegelstrich des Antrags, ein Regionalisierungsabkommen auf EU-Ebene mit wichtigen Drittlandsmärkten zu schließen, haben wir als SPD bereits im September 2020 gestellt. Wir haben ebenfalls gefordert, Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten abzuschließen, um Schweinefleisch aus ASP-freien Gebieten weiterhin verkaufen zu können. Insofern muss ich dem Kollegen Leo Herz recht geben. Er hat gefragt, ob wir in der Vergangenheit genug getan hätten. Nein, wir haben nicht genug getan. Sie hätten letztes Jahr schon unserem Antrag zustimmen können.

Uns wäre ein verpflichtendes Tierwohl-Label wichtiger als ein Bayerisches Programm Tierwohl. Das Label soll den Erzeugern und Verbrauchern Sicherheit geben, welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Zur Unterstützung der schweinehaltenden Betriebe reicht es nicht, den "Bayern-First-Reflex" zu bedienen. Stattdessen braucht es langfristige Maßnahmen. Eine einmalige Stallumbauprämie ist nicht ausreichend. Uns allen muss bewusst sein, dass mehr Tierwohl, mehr Platz und mehr Zeit auch mehr Geld kosten – und zwar auf Dauer. Diese gesellschaftlich geforderte Leistung muss bezahlt werden, wenn wir die Landwirte und die Tiere nicht ausbeuten wollen. Die Corona-Krise hat uns auch in vielen gesellschaftlichen Bereichen neue Perspektiven und Chancen aufgezeigt. Das sollte uns auch in der Landwirtschaftspolitik gelingen. Wir sollten aus der Krise lernen, wie eine Tierhaltung gelingen kann, die den Er-

zeugern ein gutes Einkommen garantiert und den Verbrauchern die Sicherheit gibt, mit ihrem Konsum einen Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu leisten.

Kritisch sehen wir den sechsten Spiegelstrich der privaten Lagerhaltung. Wir glauben nicht, dass dies zu einer langfristigen Lösung beitragen kann.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Frau Kollegin Müller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ruth Müller (SPD): Das Fleisch kommt dann verzögert auf den Markt und führt dann verzögert zur nächsten Preisschlacht im Lebensmitteleinzelhandel.

Wir werden den beiden Anträgen der Regierungskoalition und der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beiträge der Vorredner haben sich in vielen Punkten überschritten. Vielen Punkten im Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU kann man zustimmen. Der Antrag erscheint sehr ambitioniert. Es hört sich auch alles gut an. Aber der Antrag wirkt wie eine Ermahnung: Wir hätten das schon alles machen können und schreiben das jetzt noch einmal zusammen. Das ist eine Zusammenfassung der Aufgaben. Lieber Leo Herz, du hast das alles richtig geschildert und die schwierige Situation der Landwirte dargestellt. Ob der Antrag wirklich wegweisend ist, weiß ich nicht. Aber er ist eine gute Analyse der Substanz.

Ich komme zu den einzelnen Forderungen. Das Bayerische Programm Tierwohl soll etabliert und im Haushalt verankert werden. Vor einem Jahr haben wir mit einer Anfrage um Auskunft gebeten, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Mitteln das Pro-

gramm konkret ausgestaltet werden soll. Im Grunde war die Antwort nur ein Verweis auf die Mutterschaf- und Ziegenprämie und den auf Bundesebene geplanten Umbau der Nutztierhaltung. Ich hoffe, in dem Jahr hat sich etwas getan. Darüber könnte uns die Staatsministerin bei Gelegenheit informieren. Wenn das Bayerische Programm Tierwohl steht und mit sinnvollen Maßnahmen ausgestaltet ist, können wir es gerne etablieren. Da sind wir bei euch.

Sie fordern eine langfristige Strategie zu "5 x BY" bei Schweinefleisch sowie eine branchenübergreifende Vereinbarung der Lieferketten und damit eine Stärkung der Regionalvermarktung. Das unterstützen wir auf jeden Fall gerne. Aber auch hier kommt es auf die Umsetzung an. Gut gemeinte Worte und Wünsche reichen uns nicht aus.

Hinsichtlich der baurechtlichen Erleichterungen sind wir alle einer Meinung. Wir wollen jedoch keine Aufweichungen. Die Rechtssicherheit für den Umbau der Tierhaltung ist für uns der wichtigste Punkt. Das ist die Grundlage für alle anderen Forderungen. Hier steht viel über die Borchert-Kommission. Das brauche ich den Agrarexperten nicht zu sagen. Wie schaut es jedoch mit der Finanzierung aus? – Darin besteht das größte Problem. Hierzu hat es ein Rechtsgutachten gegeben, mit dem drei Punkte festgelegt worden sind. Erstens soll eine möglichst staatsferne Umsetzung über eine privatwirtschaftliche Organisation wie die Initiative Tierwohl erfolgen. Zweitens soll es keine Verpflichtung geben, den gesetzlich vorgeschriebenen Tierwohlbeitrag auf die Verbraucher umzulegen. Drittens soll es keine Abnahmepflicht für tierwohlgerecht hergestellte Erzeugnisse geben. Dieses Rechtsgutachten liegt zugrunde.

Meine Redezeit ist um. Der Antrag ist im Ganzen zustimmungsfähig, wenn auch nicht wegweisend. Leider können wir dem grünen Nachzieher nicht zustimmen, weil wir uns für das Tierwohl-Label eine europäische Lösung wünschen, keine auf Bundesebene.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Skutella. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Schöffel von der CSU-Fraktion.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den Vorrednern ist bereits darauf hingewiesen worden, wie dramatisch die Lage im Schweine-sektor ist. Zur Analyse gehört es auch, deutlich zu machen, dass in Deutschland gerade in den letzten Jahren für die Ferkelerzeuger noch mal ganz besondere Bedingungen geschaffen worden sind. Ich nenne nur die Stichworte Kastration und Haltungsformen, nach einem Gerichtsurteil. Wir haben uns in den letzten Jahren dafür starkgemacht, dass es eine europaweit einheitliche Vorgehensweise gibt und vertretbare Übergangsfristen eingeführt werden. Letzteres ist mit der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung teilweise gelungen. Hinsichtlich der Einführung der Tierwohl-Prämie und der Umsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission besteht noch großer Handlungsbedarf. Das muss von der neuen Bundesregierung und von dem neuen Bundestag dringend vorgebracht werden.

Für die Zukunft der Ferkelerzeugung braucht es eine europaweite Herkunfts- und Haltungskennzeichnung. Wir brauchen europaweit einheitliche Produktionsbedingungen. Wir brauchen Fairness beim deutschen Import. Viele Ferkel werden in unser Land eingeführt. Wenn Ferkel nach Deutschland eingeführt werden, dann müssen Maßstäbe angelegt werden, wie sie in Deutschland Voraussetzung sind – beispielsweise bei der Kastration. Unser Appell muss auch an den Lebensmitteleinzelhandel gehen. Wenn man die Haltungsstufen 3 und 4 einführen will, dann muss "5 x D" die Grundlage sein. Es müssen deutsche Ferkel und Schweine sein, ansonsten kann man sich beim Umbau der Tierhaltung nicht rühmen. Für die deutsche Schweinebranche, die bayerischen Ferkelerzeuger und die Schweinemäster sind faire Bedingungen notwendig. Die Tierwohlprämie muss es geben. Wenn wir in Deutschland strengere und andere Produktionsbedingungen haben, dann brauchen unsere Bauern einen fairen finanziellen Ausgleich dafür. Die Ideen der Borchert-Kommission müssen umgesetzt werden.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern sind wir schon Schritte voraus. Wir haben schon lange eine Investitionsförderung für mehr Tierwohl in den Ställen. Die Landwirtschaftsministerin hat ein neues Programm "BayProTier", nämlich laufende Zahlungen für höhere Aufwendungen im Bereich des Tierschutzes und des Tierwohles, verkündet. Mit "GQ Bayern" gibt es ein anerkanntes Herkunftszeichen, das sehr bekannt ist. Es wird von den Verbrauchern akzeptiert. Dieses Siegel garantiert, dass die Tiere aus Bayern kommen und höchste Tierschutzbestimmungen eingehalten werden. Wir stellen zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung, damit die Herkunft aus Bayern durch unsere Siegel für die Verbraucherkommunikation stärker beworben werden kann. Wir brauchen für unsere Märkte zusätzliche Initiativen, international, aber auch daheim. Das macht unser Antrag noch einmal deutlich. Es geht um internationale Märkte, aber auch um die Zukunft der Schweinehaltung in unserem Land. Wir wollen, dass die Landwirte besonders unterstützt werden, die die Tierhaltung umbauen und die in neue Haltungsformen investieren. Um die Landwirte besonders zu begleiten, gehen wir mit Investitionsförderung, Tierwohlprämien und Absatz- und Vermarktungsstrategien vor. Beispielsweise ist die Initiative "Bayerisches Strohschwein" sehr erfolgreich. Wir brauchen branchenübergreifende Vereinbarungen für die bayerischen Qualitätsschweine und neue Perspektiven für einzelne Betriebe.

Von einigen Vorrednern wurden bereits die Probleme im Baugenehmigungsverfahren angesprochen. Auch wurden die sich ergebenden Widersprüche angesprochen: Einerseits will man mehr Tierwohl und Auslauf und andererseits neue und schärfere Immissionsschutzrichtlinien.

Die GRÜNEN haben heute darauf hingewiesen, was sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Im Bundesrat gab es auch elf grüne Umweltminister, die zu massiven Verschärfungen beigetragen haben. Der Freistaat Bayern hat mehr als 50 Änderungsanträge gestellt. Diese sind vom Bundesrat abgelehnt worden. Liebe Kollegin Sengl und alle anderen, Sie werden ja wahrscheinlich der neuen Bundesregierung angehören. Sie müssen die Dinge, die Sie hier einfordern, wie Stallbau und Immissionsschutz, in

Einklang bringen mit dem, was Sie im Bundesrat gefordert und durchgesetzt haben. Das Bundesumweltministerium und der Bundesrat haben Beschlüsse gefasst, die die Tierhalter vor weitere große Herausforderungen stellen. Die Regelungen müssen praktikabel und umsetzbar sein, sonst werden viele in der derzeitigen Situation nicht an neue Investitionen denken. Wir werden in Bayern alle Spielräume nutzen, die wir haben, um neue Bauvorhaben massiv zu unterstützen.

Ich möchte nun zu den Liquiditätshilfen noch etwas sagen: Überbrückungshilfe III, Überbrückungshilfe III Plus. Diese Hilfen sind wichtige Maßnahmen in diesen Zeiten. Viele Landwirte haben bereits Anträge gestellt und wertvolle Finanzhilfen erhalten. Die jetzige Situation hängt natürlich auch mit den coronabedingten Umsatzeinbrüchen zusammen. Deswegen möchte ich noch einmal deutlich machen, dass Landwirte einen Anspruch auf Überbrückungshilfe III haben. Sie können auch weiterhin Anträge stellen, wenn entsprechende Umsatzeinbußen vorliegen. Meines Erachtens sollte das Wirtschaftsministerium, das für die Anträge und die Auszahlung der Corona-Hilfen zuständig ist, klar informieren und deutlich machen, dass die Landwirte antragsberechtigt sind. Das wäre dringend notwendig. Die Bauern, insbesondere die Schweinehalter, brauchen jetzt dringend die Liquiditätshilfen dieser Programme. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Der Antrag beinhaltet viele Dinge, die dringend umgesetzt werden müssen. Einige Dinge haben wir bereits auf den Weg gebracht. Diese müssen weitergeführt werden.

Wir müssen den Antrag der GRÜNEN ablehnen; denn eine verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung in Deutschland wird europarechtlich nicht möglich sein. Wir wollen das Label "GQ Bayern" weiterentwickeln. Wir haben hierzu Vorschläge unterbreitet. "GQ Bayern" ist ein akzeptiertes Herkunftsprogramm.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, meine Vorgänger haben so lange geredet. Ich muss meine Ausführungen noch kurz zu Ende führen dürfen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Das ist keine Entschuldigung. – Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Martin Schöffel (CSU): Ich komme zum Ende und will deutlich machen, dass wir den Antrag ablehnen müssen, weil der Antrag der GRÜNEN einen Biostandard fordert, der nur von den wenigsten Landwirten umgesetzt werden kann. Darüber hinaus haben wir ein bayerisches Bio-Siegel.

(Das Mikrofon wird ausgeschaltet)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, vielen Dank für die Ausführungen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist nicht zielführend, das bereits Gesagte noch einmal wortwörtlich zu wiederholen. Das verlängert bloß die Sitzung. Ich glaube, das ist der richtige Weg. – Nun liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ralf Stadler vor. Herr Stadler, Sie haben das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Schöffel, es mag ja sein, dass Sie sich bemüht haben, aber Fakt ist: Die Lage auf dem Schweinemarkt ist so desolat, dass schon zahlreiche Schweinehalter gesagt haben, sie möchten aussteigen. Das ist wahrlich nicht die Schuld der Schweinehalter, sondern es ist die politische Situation, die sie in diese Lage gebracht hat.

Deswegen haben wir im Landwirtschaftsausschuss den Antrag eingebracht, dass man den Aus- oder Umstieg der Leute, die es vorhaben, mit einer Ausstiegs- bzw. einer Umstiegsprämie begünstigt und fördert. Sogar die Bauernverbände haben das so ver-

treten. Wieso haben Sie diesem Antrag nicht zugestimmt? Das wäre schon wieder eine Teilberuhigung dieses Marktes gewesen, weil wieder ein paar weggehen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, bitte.

Martin Schöffel (CSU): Herr Kollege Stadler, Sie haben gestern zwei Anträge in den Landwirtschaftsausschuss eingebracht. Der eine hat gefordert: keine Umsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission, keine Tierwohlabgabe einführen, auch keine Steuer. Der zweite Antrag hat geheißen: Wir sollen Steuermittel einsetzen, damit Schweinehalter aus der Produktion aussteigen.

Das, was Sie machen, bedeutet keine Zukunft für die bayerische Landwirtschaft! Sie wollen nur den Sektor kaputt machen, aber nicht zu irgendeiner Zukunftsperspektive beitragen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe sehr deutlich gemacht, dass wir die Bauern, die auch zukünftig und unter schwersten Bedingungen in der Schweinebranche tätig sein wollen, mit allen Mitteln, die wir haben, unterstützen. Ich wiederhole es gerne noch einmal: Es geht um die bestmöglichen Investitionsförderungen, um die Einführung von Tierwohlprämien und um eine starke Unterstützung bei der Vermarktung gerade für bayerische Sonderprogramme, für die Marke Bayern und für die "Geprüfte Qualität Bayern". Das scheint mir ein besserer Weg zu sein, als die Bauern dazu zu animieren, mit Steuergeldern aus der Produktion auszusteigen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu einer Zwischenbemerkung. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Bitte, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Unser Plenartag neigt sich dem Ende zu. Ich darf wieder einmal das letzte Wort haben, das freut mich sehr. Ich werde es jetzt nutzen, um für unsere Schweinebauern zu sprechen.

Was brauchen wir, wenn wir von der Schweinewirtschaft reden? – Wir brauchen Investitionssicherheit, Vertragssicherheit und Ertragssicherheit für die Schweinemäster, für die Züchter und für die Fleischverwerter. Sie stehen in einem abhängigen Kreislauf zueinander. Wenn es bei einem hakt, dann hakt es bei allen.

Agrarwirtschaft in der EU geht nur in diesem großen Stil, wie wir ihn derzeit und in der Vergangenheit erlebt haben und wie er heute kritisiert wird, nämlich nach Stallkapazität und nach Durchlaufkapazität bei diesen Kreislaufbeteiligten. Wenn wir eine gesicherte Lebensmittelerzeugung haben möchten, dann müssen wir das auch weiter unterstützen und können nicht mit so einem organisierten Klein-Klein-Spiel "Wiesentyp" der Ökokommunisten, genannt GRÜNE, die Landwirtschaft retten. Nein, Wirtschaftlichkeit muss ermöglicht werden, und zwar durch Rahmenbedingungen, die hier, im Bundestag und in der EU gesetzt werden. Rahmenbedingungen, die es den Erzeugern, Verwertern und Verbrauchern – auch die Verbraucher hängen da drin – ermöglichen, Preise zu erwirtschaften und zu bezahlen, die bezahlbar sind. Auch Bauern wollen leben und zwar nicht als Kolchos-Kommunisten, sondern als freie Bauern mit einer gewinnorientierten Wirtschaftlichkeit. Wenn Sie das wollen, wenn Sie wollen, dass die Schweinezüchter und Schweinemäster in Bayern überleben, dann müssen Sie dafür den Rahmen setzen und die Ertragskalkulation schaffen. Dazu gehören auch Zuschüsse und Unterstützungen, das ist richtig. Vor allem gehört dazu aber eine Preissicherheit, denn die ist die Voraussetzung für Vertragssicherheit über längere Zeit. Die Bauern müssen über eine längere Zeit planen. Tun sie das nicht, dann kommt es zum Betriebssterben, weil die Betriebsnachfolger aussteigen. Dann haben wir auch in Bayern das vielgeschmähte Bauernsterben.

Was Lieferketten im Ausland bewirken, das sehen wir an der Chipwirtschaft. Damit meine ich nicht die Kartoffelchips, sondern die IT-Chips. Bisweilen steht die Industrie still, es gibt Verknappung und damit Verteuerung. Das will aber keiner haben. Wir sind sowieso schon das höchste Hochteuerungsland in ganz Europa, vielleicht sogar in der Welt. Damit komme ich zum Schluss. Menschenwohl geht vor Tierwohl, falls es zum Schwur kommt, meine sehr verehrten grünen und roten Zusammenarbeiter in Sachen Klein-Klein-Landwirtschaft. Grüne Bürokratie ist der Tod der Bauernschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich sage Ihnen, Frau Sengl, das, was Sie als Strukturbrüche angesprochen haben, was wir in Kauf nehmen müssen, das ist wirklich nur: nichts.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Swoboda, kommen Sie bitte zum Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sie wollen die Landwirtschaft wieder auf ein kleines Niveau bringen. Das funktioniert in unserer Lebensmittelindustrie in Europa aber nicht.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich verlasse schon diesen ehrenhaften Platz!)

– Ich kann Sie leider nicht verstehen.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): Sie müssen mich nicht vertreiben!)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU auf Drucksache 18/18259 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeord-

nete Plenk (fraktionslos). Sonst niemand. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18346 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Sonst niemand. Wer ist dagegen? – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Wer Enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/18260 mit 18/18263 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Nun gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "A 13 für alle – Grund- und Mittelschullehrkräfte endlich angemessen bezahlen", Drucksache 18/18258, bekannt. Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15 Abgeordnete. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt kommt noch die Bekanntgabe des Ergebnisses des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Florian Ritter und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Es ist höchste Zeit: Einheitliches Eingangsamt A 13 für alle Lehrkräfte an Bayerns Schulen!", Drucksache 18/18345: Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 75 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 15. – Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Sitzung. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg und freue mich auf die nächste Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16:45 Uhr)